

BERICHT AUS DEM GROSSEN RAT



An seinen Sitzungen behandelt der Grosse Rat verschiedene Bildungsthemen und -vorstösse. Besonders bedeutsam sind zwei Schulbauratschläge. Zudem wird der frisch gewählte Regierungsrat und neue Bildungsdirektor Mustafa Atici (SP) willkommen geheissen.

Im Zentrum der April-Sitzungen stehen zwei Bauvorhaben: die Erweiterung und Sanierung der Primarschule Christoph Merian für rund 29 Millionen Franken und der Neubau einer Primarschule im Entwicklungsgebiet Walkeweg für rund 56 Millionen Franken. Beide Vorlagen werden vom Grossen Rat deutlich angenommen, zeigen aber exemplarisch verschiedene Probleme bei Schulbauvorhaben auf. Im Fall der Primarschule Christoph Merian verdeutlichen die nach oben angepassten Prognosen der zu erwartenden Zahl an Schülerinnen und Schülern, dass eine Abkehr von ständigen Provisorien und eine definitive Erweiterung auch an diesem Standort unumgänglich ist. Irritation löst aus, dass der federführenden Bau- und Raumplanungskommission (BRK) deutlich weniger detaillierte Informationen zu den baulichen Aspekten des Projektes zur Verfügung standen als der mitberichtenden Bildungs- und Kulturkommission (BKK), die sich auf pädagogische Aspekte der Bauvorhaben konzentrierte. Beim Neubauvorhaben Walkeweg kommt es zur kuriosen Situation, dass die BRK dem Vorhaben zustimmt, während eine BKK-Mehrheit es an die Regierung zurückweisen will. Die Primarschule war 2020 ursprünglich für 12 Klassen (plus Kindergärten und Tagesstruktur) projektiert worden, musste dann aber auf 18 Klassen ausgelegt werden (Mehrkosten von 24 Millionen Franken). Aus der BKK wurden zudem Bedenken bezüglich der Nähe zur Kontakt- und Anlaufstelle Dreispitz, der Flexibilität der pädagogischen Nutzung (erhöhter Raumbedarf der integrativen Schule) sowie der Einhaltung der Raumstandards geäussert. Es wird betont, dass es wichtig sei, dass bereits in der frühen Planung das pädagogische Wissen der Lehr- und Fachpersonen einflüsse – so wie schon an der GeKo 2022 von der Kantonalen Schulkonferenz Basel-Stadt (KSBS) gefordert. Es stellt sich die Frage, ob das sogenannte Drei-Rollen-Modell (komplexe Zusammenarbeit der drei Departemente FD, BVD und ED) sowie die Devise der Behörden, dass Bauten erst geplant werden, wenn der Bedarf klar nachgewiesen ist, dem Anspruch einer vorausschauenden Planung von Schulraum noch genügen kann.

In einem seiner letzten Auftritte als ED-Vorsteher beantwortet Conradin Cramer eine Interpellation von Roger Stalder (SVP) betreffend HSK-Kurse: Heimatkunde oder Hetze? Der

Unterricht in heimatkundlicher Sprache und Kultur, der von privaten Trägerschaften in Schulräumlichkeiten durchgeführt wird, muss politisch und konfessionell neutral gestaltet werden und sich grundsätzlich zu den Grundrechten bekennen. Durch punktuelle Kontrollen wird die Aufsicht durch das ED sichergestellt und bei Bedarf kann schnell gehandelt werden (z.B. Bewilligungsentzug im Fall des Vereins Russkij Basel). Zufrieden ist Fleur Weibel (GAB) mit der schriftlichen Antwort auf ihre Interpellation zur **Ankündigung von Sicherheitspersonal an zwei Kleinbasler Schulen**: Darin wird der Tendenz zur überspitzten Dramatisierung in Medien und Politik entgegengetreten und aufgezeigt, dass es für den Umgang mit der angespannten Situation im Umfeld der Schulen (z.B. Dreirosenanlage) aufgrund der bisherigen Vorfälle kein Sicherheitspersonal in den Schulen selbst braucht und andere Massnahmen angemessener sind. Aus der schriftlichen Antwort auf die Interpellation von Béla Bartha (GAB) betreffend **Budget für Lehrmittel an den Schulen Basel-Stadt** geht hervor, dass trotz der Einführung neuer Fächer (z.B. Medien und Informatik) und der Verteuerung der Lehrmittel (z.B. digitale Lizenzen) bisher keine angemessene Erhöhung der Lehrmittelbudgets erfolgte.

An der ersten Mai-Sitzung begrüsst Grossratspräsident Claudio Miozzari den neuen Erziehungsdirektor Mustafa Atici. Zu einer längeren Diskussion führt die Motion von Amina Trevisan (SP) betreffend **Chancengerechtigkeit für migrierte Schülerinnen und Schüler durch langfristige Sicherstellung eines Förderprogramms für leistungsstarke Jugendliche**. Die Regierung wäre bereit gewesen, die Motion (Erstüberweisung) zur Stellungnahme entgegenzunehmen, aber mit Ausnahme der SP sprechen sich alle Parteien ganz oder mehrheitlich dagegen aus: Die Motion orientiere sich bezüglich der Schnittstelle Sek I/Sek II zu stark an den – anders gelagerten – Verhältnissen in Zürich und berücksichtige nicht alle leistungsstarken Jugendlichen aus bildungsfernen oder belasteten Familiensituationen gleichermaßen.

Hinweis: Die Juni-Sitzungen des Grossen Rates konnten noch nicht berücksichtigt werden. Die erwähnten Schriftdokumente – und viele mehr – finden sich auf der FSS-Homepage: www.fss-bs.ch/bildungspolitik-basel-stadt/. Protokolle der Grossratssitzungen inklusive Audio- und Videoaufzeichnungen finden sich auf der Grossratsseite www.grosserrat.bs.ch.

Michael Bochmann Grob, Mitglied Geschäftsleitung FSS